

Früchte der “political correctness” an einem deutschen Gymnasium

Von Fritz Köhncke

- Gebeutelt von den politischen Prozessen der Gegenwart, die richtungslos erscheinen, wenn es um die Belange des deutschen Volkes geht,
- frustriert und besorgt wegen des anhaltenden Zustroms von Flüchtlingen und Emigranten – eine Sorge die nichts mit dem Begriff der Fremdenfeindlichkeit zu tun hat, sondern ein reales begründetes Fragezeichen auf unserem Weg in die Zukunft darstellt –

mag es angemessen sein, immer wieder auf die Verfehlungen unserer heutigen gesellschaftspolitischen Geschichtsbetrachtung hinzuweisen.

Die verordnete political correctness entfaltet ihre Blüten und treibt uns – soweit wir richtungslos geworden sind – ins Chaos der Nation.

Die alliierten Sieger stellten – wie vormalig der NS, nur mit umgekehrtem Vorzeichen – Hitler mit Bismarck und Friedrich dem Großen auf eine Stufe

Der vor wenigen Jahren verstorbene Kieler Geschichtsprofessor Michael Salewski spricht von den alliierten Symbolfiguren der sogenannten verfehlten deutschen Geschichte, von Friedrich dem Großen, Bismarck und Hitler, und er sagt:

1945 nahmen die Sieger die nationalsozialistische Geschichtsklitterung auf. Es genügte, die Vorzeichen zu wechseln, aus einem Plus ein Minus zu

machen. Wie das Bild Hitlers und Bismarcks versank auch das des preußischen Königs in schwarze Bodenlosigkeit.

Und weiter heißt es:

In Wirklichkeit waren die NS-Figuren entsetzliche Karikaturen des fridericianischen Geistes, und die vermeintlichen Nachfolger des Königs taten eher das Gegenteil dessen, was dieser geraten hatte.¹⁾

Das Ergebnis der geschichtspolitischen Vorgaben – die Gleichstellung Hitlers mit Bismarck und Friedrich dem Großen – und die daraus folgende Auflösung des preußischen Staates sind eine Pervertierung des preußischen Geistes, die bis zur Stunde ihre Wirkung zeigt.

So zu lesen in dem Aufsatz eines Studienrats zum 150. Geburtstag eines Gymnasiums im Ruhrgebiet („HG“) in der Festschrift aus dem Jahre 2014:

In der Neuen Welt neigte sich der amerikanische Bürgerkrieg langsam dem Ende zu und in der alten Welt begann 1864 der von Bismarck vom Zaun gebrochene Krieg Preußens gegen Dänemark ... Der Dänemerkrieg wird in „Tateinheit“ mit den beiden folgenden Kriegen vielfach als Beginn der Einigungspolitik des kriegsaffinen Ministerpräsidenten/Kanzlers gesehen, an dessen Ende das deutsche Kaiserreich stehen sollte.

Während sich das Reich auf das fragile Fundament von Kriegen gründete und mit geradezu machohaften Muskelspielen seine Schwächen oftmals nur dilettantisch verbergen konnte und nebenbei als Unruhestifter Europas reüssierte, verlief der Start des HG ganz anders – in geradezu konträr anmutender Bescheidenheit.²⁾

An anderer Stelle heißt es:

Die monarchistisch-nationalistische Indoktrination betraf vor allem die Fächer Deutsch und Geschichte. Hier sollten die Schüler mehr über die angeblichen Schrecken der durch und durch verdorbenen Französischen Revolution sowie die glorreiche Entstehungsgeschichte des Kaiserreichs und dessen ruhmreiches Herrschergeschlecht lernen!...

Und zur Mahnung des Direktors (1900 – 1917) an seine Schüler, „ihre Herzen zu erheben zu Gott, zum Königsthron und zu allem Guten, Wahren und Schönen, um gute Deutsche und tüchtige Männer zu werden“, bemerkt der Lehrer: „Man wünscht sich, er hätte auch einmal an kritisches Denken, hinterfragendes Lernen und Forschen oder wenigstens an die Herausbildung des individuellen Intellekts appelliert – schade! Daß sich gerade Schulleiter der Prägekraft der damaligen Zeit hätten entziehen können, erscheint jedoch recht unrealistisch.“³⁾

Und ein letztes Zitat aus vorliegender Abhandlung sei gebracht:

Obwohl Deutschland nie eine liberalere oder demokratischere Zeit als die 1920iger Jahre erlebt hatte (ob golden oder nicht mag dahingestellt bleiben), blieb der rechtskonservative Geist wie vielerorts auch in der Schüler- und Elternschaft des HGs deutlich spürbar...⁴⁾

Was uns hier – und das nicht nur aus den angeführten Textstellen – entgegenweht, ist nichts anderes als die Pervertierung des preußischen Geistes seit 1945 (abgesehen von dem Mißbrauch im Dritten Reich), nun aber nochmals „aktiviert“ in der „68iger Revolution“, die ja eine Abschaffung der deutschen Geschichte propagiert⁵⁾ und den Beginn gutmenschlicher deutscher Politik erst seit 1945 gelten läßt, die darüber hinaus den noch „revanchistischen Kräften“ den Kampf ansagt.

Bismarck und die dänischen und deutschen Ansprüche in Schleswig-Holstein

Hätte sich der Verfasser des Jubiläumsaufsatzes, wie es

eigentlich von einem Schulhistoriker zu erwarten ist, in die Zeitumstände von damals vertieft und wäre er den Ursachen der Kriege nachgegangen, als deren Urheber er monocausal den preußischen Ministerpräsidenten und späteren Reichskanzler Bismarck brandmarkt – er wäre zu einem anderen Urteil gekommen, das dem Verständnis und der richtigen Einschätzung der Ereignisse um die Mitte des 19. Jahrhunderts näher gestanden hätte.

Dazu sind einige Anmerkungen notwendig:

Die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein, die nach alter Überlieferung „up ewig ungedeelt“ bleiben sollten (Riepener Vertrag von 1460) – zwischen Königsau und Elbe gelegen – waren mit Dänemark in Personalunion verbunden, aber nur Holstein als Mitglied des deutschen Bundes. Im Jahre 1848 versuchten die Dänen, Schleswig bis zur Eider sich einzuverleiben.

Aber gerade in diesem Revolutionsjahr wuchsen die nationalen Leidenschaften in europäischen Ländern, so auch in Deutschland. Somit widersprach das dänische Vorgehen auch dem Nationalgefühl der Schleswig-Holsteiner.

Die deutschen Schleswig-Holsteiner wünschten also, ihr Land dem deutschen Nationalstaat anzugliedern, was die überwiegend dänische Bevölkerung in Nordschleswig hart treffen mußte. Die beiden Ziele „Dänemark bis zur Eider“ und „Schleswig-Holstein im deutschen Staatsverband bis zur Königsau“ waren verständlicherweise unvereinbar.

Die Erhebung der Schleswig-Holsteiner 1848 führte zu kriegerischen Auseinandersetzungen, in denen keine der beiden Parteien ihr Ziel erreichen konnte. Auch Preußens Teilnahme am Krieg auf Beschluß des deutschen Bundes mußte auf Grund des Verhaltens der auswärtigen Mächte im Waffenstillstand zu Malmö beendet werden.

Nach der Kündigung des Waffenstillstandes durch die Dänen unterlagen die Schleswig-Holsteiner – allein gelassen – 1850 bei Idstedt der Übermacht der Feinde, und Schleswig wurde von ihnen besetzt. Niemand anders als die Dichter **Theodor Storm und Klaus**

Groth haben diese Schicksalsjahre in ihre Werke einfließen lassen.

Es wurde versucht, die Krise 1852 auf internationaler Ebene im „Londoner Protokoll“ beizulegen. Darin bestätigten die Großmächte die Personalunion zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein, die Einverleibung der Herzogtümer in den dänischen Staat wurde aber ausgeschlossen.

Elf Jahre später brach der dänische König das „Londoner Protokoll“. Er erließ eine Verfassung, die auch für Schleswig gelten sollte. Daraufhin forderten Nationale und Liberale in ganz Deutschland die Unabhängigkeit beider Herzogtümer, was natürlich ebenfalls den Grundsätzen des Protokolls widersprach.

Preußen und Österreich schließlich als zwei der Garantiemächte stellten an Dänemark im Namen des „Londoner Protokolls“ das Ultimatum, die Verfassung von 1863 wieder aufzuheben. Die Ablehnung dieser Forderung löste den Krieg von 1864 aus.

Bismarck und die Deutsche Einheit

Daß es Bismarck im Sog des Wunsches der Nationalen und Liberalen nach einer größeren Einheit aller Deutschen nicht allein um die Lösung der Schleswig-Holstein-Frage ging, sondern daß daraus die Machtprobe zwischen Österreich und Preußen erwuchs, die im Jahre 1866 in der Schlacht bei Königgrätz zu Gunsten Preußens entschieden wurde, war eine Konsequenz, die sich aus dem Vorangegangenen ergab.

Dem entsprechend schreiben Schnabel/Dittrich:

So wenig wie der Schweiz, Italien und den Vereinigten Staaten von Amerika war es dem deutschen Volke vergönnt, seine politische Einheit auf friedlichem Wege zu finden.

Es ist schwer vorstellbar, wie ein Fortschritt für Deutschland ohne Krieg oder Revolution möglich sein konnte, denn wie hätten zwei Großmächte mit gleichen Ansprüchen in einem modernen

*Staatswesen nebeneinander Platz finden sollen? Andernfalls wäre nur der Verzicht auf einen einheitlichen Nationalstaat übriggeblieben. **Damit hätte man sich aber gegen die Idee wenden müssen, die dem Jahrhundert als Fackel voranleuchtete.***⁶⁾

Fritz Vater betont:

Schon begann ja auch 1866 das Ausland sich einzumischen. ... Der Kaiser der Franzosen wollte vermitteln zwischen Preußen und Österreich, und er bäte sich dafür nur ein kleines Trinkgeld aus, daß er sein Land etwa ausdehnen dürfe bis zur Rheingrenze oder zumindesten Luxemburg und Teile von Belgien dem französischen Staat mit Billigung Preußens einverleiben dürfe.

Man sieht hier schon das Bestreben, eine starke Mitte in Europa zu verhindern. Es bedurfte des ganzen diplomatischen Geschicks Bismarcks, diesen Versuch abzuweisen, und der einzige Weg war ein schneller Friedensschluß mit Österreich, der das Eingreifen Napoleons und auch die Vermittlung verhinderte.⁷⁾

Der nach der Niederlage Österreichs entstandene Norddeutsche Bund unter Führung Preußens als Kristallisationspunkt für die Einigung Deutschlands stand nun gegen die Österreichisch-Ungarische Doppelmonarchie. Aber dank der Diplomatie Bismarcks war sie nicht zum unversöhnlichen Feinde geworden.

Frankreichs Handeln danach blieb auf die Verhinderung eines deutschen Reiches gerichtet, und obwohl es ja an dem Krieg 1866 gar nicht beteiligt war, entstand in Frankreich der Ruf: „Revanche pour

Sadowa“ („Vergeltung für Königgrätz“).

Dieser Ruf wurde in dem aggressiven Verhalten der Kaiserin Eugenie und des französischen Außenministers Gramont verstärkt und sichtbar in der Aussage des französischen Abgeordneten Granier de Cassagnac:

Das caudinisches Joch steht für die Preußen bereit: Sie werden sich darunter beugen, und zwar ohne Kampf besiegt und entwaffnet, wenn sie es nicht wagen, einen Kampf anzunehmen, dessen Ausgang nicht zweifelhaft ist.

Unser Kriegsruf ist bisher ohne Antwort geblieben. Die Echos des deutschen Rheins sind noch stumm. Hätte Preußen zu uns die Sprache gesprochen, die Frankreich spricht, so wären wir schon lange unterwegs!^{8)}

Im 16. Jahrhundert – in der Auseinandersetzung zwischen dem französischen König Franz I. und dem Habsburger Kaiser Karl V. – fühlte Frankreich sich in seiner Machtstellung bedroht und dank der Heiratspolitik der Habsburger und unglücklich verlaufener Kriege von Spanien und der Mitte Europas her eingekreist eben durch den mächtigen Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

Die Sorge vor einer Wiederkehr ähnlicher Verhältnisse, nun aber unter der Fahne der Hohenzollern, bedrückte verständlicherweise die französische Politik, als die dann ja zurückgenommene Kandidatur eines katholischen Hohenzollernfürsten auf den spanischen Thron anstand.

Aber der chauvinistische Ton von Journalisten und führenden Politikern war unüberhörbar und drängte Frankreich weiterhin bedingungslos zum Kriege.

Der Krieg von 1870/71, von Frankreich begonnen, den Bismarck um

der deutschen Einheit willen führte, weckte natürlich auch in Deutschland Ressentiments, die man zwar bedauern kann, aber auch verstehen muß, wenn man bedenkt, daß erst 60 Jahre davor Preußen unter der Herrschaft Napoleons am Rande des Abgrunds stand, Deutschland von dem Imperator mit Krieg überzogen wurde und sein Siegeszug durch Europa stattfand.

All dieses muß man sehen und gegeneinander abwägen, bevor man Bismarck als einen rigorosen Machtpolitiker ohne Maß und moralische Bedenken abkanzelt.

Natürlich handelte Bismarck auf seinem Wege zur deutschen Einheit – die Zeichen der Zeit wahrnehmend – als Preuße, und was das im positiven Sinne bedeutete, verdeutlichen folgende Worte des renommierten Preußenforschers Wolfgang Stibrny:

Der preußische Staatsgedanke ist der einzige, den Deutschland hervorgebracht hat.

Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, das demokratische Wahlrecht, die Sozialgesetzgebung sind uns von Preußen und dem Bismarckreich überkommen⁹⁾,

und er betont, daß dieses Wahlrecht als Erstes vor allen anderen Großmächten **in Deutschland** verwirklicht wurde.

„Nationalistische Indoktrination“ oder „internationaler Mainstream“?

Daß jeder Staat in der Vergangenheit die Lehrpläne für die Schulen nach seinem Willen gestaltete und es heute auch noch tut, sollte eigentlich verständlich sein. Was hier zu Unrecht als „nationalistische Indoktrination“ verstanden wird, dürfte in der Gegenwart mit dem neuen Begriff „internationaler Mainstream“ abgedeckt sein.

Zu allen Zeiten gab es gesellschaftspolitische Bestrebungen von größerem Einfluß, die am Zustandekommen einer staatlichen Doktrin beteiligt waren, und daran hat sich bis in unsere Tage nichts geändert. Nur

sollte man bei alledem darauf bedacht sein, der historischen Wahrheit zu dienen; das heißt, geschichtliche Vorgänge im Kontext ihrer Zeit zu sehen und zu verstehen, bevor man ein Urteil fällt.

Wenn der Verfasser des Jubiläumsaufsatzes sich mehr kritisches Denken, hinterfragendes Lernen am Gymnasium um 1900 gewünscht hätte, dann ist man einfach verwundert, warum er dieses Postulat nicht auf sich selber anwendet, denn von einer Abstraktion von der eigenen politischen Wirklichkeit mit einer Hinwendung zum Jahrhundert der Reichsgründung unter Berücksichtigung der damaligen Zustände, Begebenheiten und Verhältnisse, der geistigen Strömungen, die miteinander rangen, und einer diesbezüglichen stringenten Ursachenforschung kann bei ihm nicht die Rede sein.

Er folgt der seit 1968 propagierten Auffassung von der deutschen Geschichte, die sich im gesellschaftlichen Mainstream gefestigt und die schon am Ende des Kaiserreiches ihre unübersehbaren Vorläufer hat, wie es im „Vorwärts“ vom 20. Oktober 1918 steht:

Deutschland soll, das ist unser Wille als Sozialdemokraten, seine Flagge für immer streichen, ohne sie das letztmal siegreich heimgeholt zu haben.

Politisch-korrekte Geschichtsbetrachtung und die Wirklichkeit

Geradezu von historischer Naivität zeugt die Annahme, Deutschland habe nie eine liberalere oder demokratischere Zeit als die der zwanziger Jahre erlebt. Dabei muß ihm entgangen sein,

- daß die Weimarer Republik mit der Erfüllung der Versailler Verträge eine fast nicht zu tilgende Hypothek übernehmen mußte,
- daß die Ruhrbesetzung und der Ruhrkampf und die daraus entstehenden politischen Unruhen sie an den Rand ihrer Existenz brachte;

- so der Versuch katholischer Separatisten, von Aachen bis Koblenz die Rheinische Republik und in der Pfalz die Pfälzische Republik auszurufen, wohlwollend geduldet von der französischen Besatzung.
- In den Ländern Sachsen und Thüringen bildeten sich vorübergehend sozialistisch-kommunistische Koalitionsregierungen.
- Und in Bayern probten partikularistische Kräfte zusammen mit der nationalsozialistischen Bewegung den Aufstand, der dann in den Ereignissen um den 9. November kulminierte.¹⁰⁾
- In den folgenden Jahren belasteten die durch Versailles hervorgerufenen Wirtschaftsprobleme und der Kampf zwischen Links und Rechts die Weimarer Republik,
- und es sei nicht vergessen, daß das überwältigende Wahlergebnis der Nationalsozialisten schließlich zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler führte
- und daß außer den Sozialdemokraten die Parteien der Republik dem Ermächtigungsgesetz zustimmten und somit Hitler freie Hand im Spiel um die Macht gaben.

Was also an dem historischen Beginn und Ablauf der Weimarer Politik „golden“ gewesen sein soll, bleibt doch nach dem leider erfolgten Siegeszug des späteren Diktators in höchstem Maße fraglich.

In 1500 Exemplaren – so steht es im Impressum – ist dieser Aufsatz in der Jubiläumsausgabe erschienen. Er wird von Schülern und Eltern gelesen worden sein und, sicher auch abgesehen von einigen kritischen Stimmen, sich als Geschichtsbild unserer Zeit in vielen Köpfen manifestiert haben, zumal man davon ausgehen darf, daß ein renommierter und bei Eltern und Schülern anerkannter Geschichtslehrer sich hier zu Wort gemeldet hat.

Die „political correctness“ erntet nach dem Muster der 68iger Revolutionäre ihre Früchte! Auf der Strecke bleibt eine Besinnung „sine ira et studio“ auf das, was im Guten wie im Bösen auf uns gekommen

ist.

Vielleicht regt dieser Beitrag dazu an, einmal darüber nachzudenken. Es wäre schon notwendig und sollte uns als Hoffnungsschimmer auf ein gereinigtes Bild der deutschen Geschichte voranleuchten.

Anmerkungen und Hinweise

- 1) Michael Salewski in „Besinnung auf Friedrich den Großen“ – Kieler Vorträge zu seinem 200. Todestag, Kiel 1987, S. 24 u. 18
- 2) 1864 – 2014 / 150 Jahre Helmholtzgymsnasium, Essen 2014, S. 13
- 3) ebenda, S. 15
- 4) ebenda, S. 17
- 5) Dazu ausführlich in dem Buch „Die Machtübernahme der 68iger“, Tübingen, 8/2011 von Rolf Kosiek
- 6) Grundriß der Geschichte III, Stuttgart 1953, S. 103
- 7) Fritz Vater, Probleme des Bismarck-Reiches, Pähl 1972, S. 20
- 8) Cassagnac in dem halbamtlichen „Pays“; zitiert nach Walter Löhde, „Die Deutschen sind an allem schuld“, Pähl 1959, S. 243
- 9) Wolfgang Stribrny, Achtzig Jahre Bismarckturm auf dem Scheersberg – Eine historisch- politische Betrachtung, Flensburg 1983, S. 7
- 10) Dazu ausführlich in dem Buch „Erich Ludendorff und der 9. November 1923“, Pähl 2004 von Gunther Duda